

22 - 1327

An die
Präsidentin des Burgenländischen Landtages
Frau Verena Dunst
Landhaus
7000 Eisenstadt

Eisenstadt, am 02. März 2023

Selbständiger Antrag

der Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Hans Unger, Kolleginnen und Kollegen

auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend dringende und nachhaltige Senkung der Energiepreise für burgenländische Energiekunden

Der Landtag wolle beschließen:

EntschlieÙung

des Burgenländischen Landtages vom betreffend dringende und nachhaltige Senkung der Energiepreise für burgenländische Energiekunden

Aufgrund steigender Energiepreise und einer hohen Inflation werden die Menschen derzeit sehr stark belastet. Viele Menschen stehen daher vor enormen finanziellen Herausforderungen. Die SPÖ-Alleinregierung ist hier gefordert und muss jetzt rasch und effizient den Bürgerinnen und Bürgern unter die Arme greifen. Die von der ÖVP geführte Bundesregierung hat diese angespannte Situation bereits vor langer Zeit erkannt und zahlreiche Maßnahmen gesetzt, wie zum Beispiel die Abschaffung der kalten Progression, die Einführung einer Stromkostenbremse, die Senkung der Erdgas- und Elektrizitätsabgabe, die Erhöhung der Pendlerpauschale und vieles mehr.

Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil geht einen anderen Weg, anstatt eine dringende Entlastung zu erhalten, werden die Burgenländerinnen und Burgenländer durch zusätzliche Steuern und Abgaben, wie zum Beispiel die Baulandsteuer, die Erhöhung der GIS-Gebühr und der Stromsteuer weiter belastet. Diese soziale Kälte der SPÖ-Alleinregierung muss dringend gestoppt werden.

Der von Landeshauptmann Doskozil groß angekündigte Wärmepreisdeckel stellt sich leider als nicht treffsicher und somit als eine reine Mogelpackung heraus. Dieser geht leider nicht, wie angekündigt, tief in den Mittelstand hinein, sondern schwer daneben. Nur wenige Burgenländerinnen und Burgenländer fallen in die Kriterien.

Die Burgenland Energie AG, welche mehrheitlich im Eigentum der Landesholding Burgenland steht, deren Aufsichtsratsvorsitzender Landeshauptmann Doskozil ist, erzielt durch die derzeitigen Energiepreise millionenschwere Gewinne. Gerade jetzt sollte der Landesbetrieb auf das Erzielen von Millionengewinnen verzichten, damit die burgenländischen Energiekunden entlastet werden können. Vor kurzem wurde angekündigt, dass die Burgenland Energie AG die Preise für Strom und Gas ab 1. April 2023 senken wird. Bekanntlich endet die kostenintensive Heizperiode im Frühjahr, deshalb sollten die Preise bereits rückwirkend mit 1. Jänner 2023 gesenkt werden, um die burgenländischen Haushalte zu entlasten. Wer rasch hilft, hilft doppelt.

Bei näherer Betrachtung des Strompreises der Burgenland Energie AG erkennt man schnell, dass dieser weit von den angekündigten 23,00 Cent/kWh entfernt ist. Der Gesamtpreis inkl. Umsatzsteuer, Netzentgelt und Abgaben beläuft sich auf 37,6848 Cent/kWh. Hier kommt es weiterhin zu einer massiven Belastung der burgenländischen Haushalte.

Ebenfalls angekündigt wurde ein Mietpreisdeckel für Bewohner von Häusern von gemeinnützigen Wohnbaugenossenschaften. Wie werden die Burgenländerinnen und Burgenländer entlastet, die in einem Einfamilienhaus oder in einer anderen Mietwohnung leben?

Zur „Nicht-Entlastung“ der Burgenländerinnen und Burgenländer führt die SPÖ-Alleinregierung auch noch neue Steuern ein, wie zum Beispiel die Baulandsteuer. Bei der Baulandmobilisierungsabgabe als Baulandsteuer handelt es sich um einen drastischen und noch nie dagewesenen Eingriff im Burgenland. Hierbei kommt es abermals zu einer Besteuerung von Eigentum, welche abzulehnen und daher sofort wieder aufzuheben ist. Diese Steuer dient einzig und allein dem Zweck, die von Landeshauptmann Dostkozil und seiner SPÖ-Alleinregierung produzierten Budget-Löcher zu stopfen und erzielt dadurch keinen Lenkungseffekt.

Bei einer durchschnittlichen Bauplatzgröße von 1.450 m², einem Durchschnittspreis von 44 € und einem Steuersatz von 2% beträgt die Baulandsteuer 1.276 Euro pro Jahr. Diese Baulandsteuer stellt einen unverhältnismäßig großen Eingriff in das Recht auf Eigentum dar.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, ein umfassendes Konzept bzw. einen Gesetzesentwurf zu einer dringenden und nachhaltigen Entlastung der Burgenländerinnen und Burgenländer vorzulegen und folgende Aspekte besonders zu berücksichtigen:

1. Ausschütten der Gewinne und Auflösen von Rücklagen der Burgenland Energie AG an die burgenländischen Energiekundinnen und Energiekunden;
2. Überarbeitung des Wärmepreisdeckels, damit dieser sozial treffsicher wird und damit vom Mittelstand auch tatsächlich beansprucht werden kann;
3. Abschaffung der Baulandmobilisierungsabgabe gemäß § 24a Bgld. Raumplanungsgesetz zur Entlastung der Burgenländerinnen und Burgenländer